



## Antrag

der Abgeordneten **Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Petra Guttenberger, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Oliver Jörg, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Helmut Radlmeier, Bernhard Seidenath, Reserl Sem, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Peter Winter, Mechthilde Wittmann CSU**

### **Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag dankt der Staatsregierung für den geleisteten Einsatz für Deutsche, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg als Zwangsarbeiter Opfer großen Unrechts wurden. Die bisherigen Bemühungen, eine Entschädigung für sie zu erreichen, verdienen die volle Zustimmung des Landtags.
2. Vor dem Hintergrund der Medienberichterstattung über die Absicht des Bundestags, 70 Jahre nach Kriegsende überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs eine Entschädigung zu zahlen, sollte auch für deutsche Zwangsarbeiter ein neuer Anlauf zur Kompensation erlittenen Unrechts unternommen werden.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass deutsche Zwangsarbeiter für das ihnen zugefügte Leid während und nach dem Zweiten Weltkrieg gebührende Anerkennung erfahren und auch eine angemessene Entschädigung erhalten. Angesichts des 70. Jahrestags des Kriegsendes ist eine solche Geste der Würdigung umso wichtiger.

### **Begründung:**

Durch den vom nationalsozialistischen Regime begonnenen Krieg erlitten viele Millionen Menschen unermessliches Leid. Unter ihnen waren auch unzählige Deutsche.

Zuvorderst ist hier Flucht und Vertreibung nach Kriegsende zu nennen, an die wir uns – dank der Staatsregierung – an einem eigenen bayerischen Gedenktag erinnern.

Viele Opfer wurden nach dem Krieg und über die letzten 70 Jahre gewürdigt und entschädigt. Mit dem im Bundestag beabsichtigten Vorstoß, auch die überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs einzubeziehen, ist eine weitere Gruppe von Geschädigten im Fokus der Öffentlichkeit.

Deshalb sollte die Überlegung im Bundestag auch dazu führen, an die Opfer zu denken, deren Leid bisher kaum Anerkennung gefunden hat – die deutschen Zwangsarbeiter.

Sie erlitten oft ähnliche Schicksale, wie die Zwangsarbeiter anderer Nationen, die im nationalsozialistischen Regime zur Arbeit gezwungen wurden und deren Leid – zu Recht – durch die Bundesrepublik und quer durch alle Parteien gewürdigt wird.

Im Vordergrund muss natürlich stehen, dass das deutschen Zwangsarbeitern widerfahrene Unrecht endlich anerkannt wird. Die erlittenen immateriellen, d.h. vor allem psychologischen Folgen der Zwangsarbeit können natürlich nicht mehr ausgeglichen werden, aber umso wichtiger sollte es sein, wo es möglich ist, wenigstens etwas finanzielle Entschädigung zu leisten.

Dabei sei auch daran erinnert, dass Herr Ministerpräsident Seehofer bereits auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg im Jahre 2012 auf die Problematik hingewiesen hat und sich für die deutschen Zwangsarbeiter einsetzte. Angesichts der aktuellen Entwicklung im Bundestag und des 70-jährigen Jubiläums des Kriegsendes, soll erneut versucht werden Gerechtigkeit zu erreichen.